



Interpellation der SP-Fraktion

betreffend «Konflikt in der Ukraine – was kann der Kanton Zug tun?»

(Vorlage Nr. 3384.1 - 16890)

Antwort des Regierungsrats
vom 20. September 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Fraktion reichte am 3. März 2022 die Interpellation betreffend «Konflikt in der Ukraine – was kann der Kanton Zug tun?» ein. Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 31. März 2022 der Interpellation keine Dringlichkeit im Sinne von § 51 Abs. 4 Satz 2 GO KR (BGS 141.1) zugemessen und diese an den Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

Vorbemerkungen:

Der Regierungsrat ist zutiefst besorgt darüber, dass im 21. Jahrhundert Staaten, die sich selbst als Demokratie bezeichnen, aggressive Angriffskriege gegen andere souveräne Staaten führen. Der Angriff der Ukraine durch Russland löst unsäglich viel Leid aus und hinterlässt Tod und Zerstörung. Der Kanton Zug hat in verschiedenen Bereichen zeitverzugslos reagiert. Sei es in Form der Umsetzung der vom Bund ausgesprochenen Sanktionen oder in der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge.

Die Situation in der Ukraine stellte und stellt den Kanton Zug vor neue Dimensionen der Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Unterbringung der Geflüchteten. Nachdem sich im April national bereits über 35 000 Flüchtende aus der Ukraine in einem Bundesasylzentrum (BAZ) registriert hatten, ging der Bund damals von über 50 000 Gesuchen bis Sommer aus. Dazu kommen noch die prognostizierten 18 000 «regulären» Gesuche aus anderen Staaten. Dem Kanton Zug werden praxisgemäss 1,5 Prozent zugewiesen. Aktuell (Stand 8. September 2022) leben 815 Personen (davon 154 schulpflichtige Kinder) mit Status S im Kanton Zug. Die Menge an in äusserst kurzer Zeit zusätzlich dem Kanton Zug zugewiesener Personen, stellte die bestehenden Strukturen, sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene, vor grosse Herausforderungen. Eine enge Zusammenarbeit über alle Ebenen, aber auch mit nicht-staatlichen Organisationen, Vereinen und Freiwilligen sowie die stete Erarbeitung und Entwicklung weiterer Massnahmen gehört seither zum Alltag, primär bei der Direktion des Innern aber auch bei den anderen Direktionen. Dementsprechend werden laufend neue Massnahmen erarbeitet, aufgegleist, umgesetzt und weiterentwickelt.

Nebst der sofortigen Versorgung der Grundbedürfnisse der Geflüchteten mussten und müssen die vom Bund verhängten Sanktionen umgesetzt werden. Dies führte bei der Finanzdirektion, der Direktion des Innern und der Volkswirtschaftsdirektion zu umfangreichen Abklärungsarbeiten.

1. Beantwortung der Fragen

1. *Welche Massnahmen liegen theoretisch im Handlungsbereich des Kantons Zug? Es soll keine Begrenzungen geben und alle möglichen Bereiche (Flüchtlingsunterstützung, finanzielle Unterstützung, Wirtschaftssanktionen, lokale Arbeitslosenunterstützung, etc.) aufzeigen.*

a) Um die theoretischen Handlungsspielräume zu definieren, gilt es zunächst diese ab- resp. einzugrenzen: Nicht im Handlungsbereich des Kantons Zug liegen Aussenpolitik und Aussenhandel. Diese liegen im Zuständigkeitsbereich des Bundes (Art. 54 Abs. 1 Bundesverfassung). Im Bereich Wirtschaftsrecht gibt der Bund die wesentlichen Leitplanken vor, so dass hier ebenfalls keine Massnahmen des Kantons Zug möglich sind. Sollte es dennoch zu staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsrecht kommen, besteht die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen. Daher wären diese so zu konzipieren, dass Umgehungsmechanismen möglichst ausgeschlossen oder stark minimiert werden können. Die Kantone können primär ergänzend tätig werden, wenn es darum geht, Bundesgesetze zu vollziehen: insbesondere im Vollzug im Bereich Ausländer- und Asylrecht, Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsrecht sowie Schul- und Berufsbildung. Zudem hat der Kanton Zug vom Bund vorgegebene Massnahmen – wie z. B. die Wirtschaftssanktionen – umzusetzen.

b) Handlungsbereiche im Kompetenzbereich des Kantons Zug:
An erster Stelle galt es die Grundbedürfnisse der Geflohenen sicherzustellen. Kurz nach Ausbruch des Krieges wurden vom Bund dem Kanton Zug Flüchtlinge zugewiesen oder sie reisten direkt in den Kanton Zug, da sie in der Umgebung Verwandte oder Bekannte hatten. Zunächst galt es die Situation betreffend Wohnen, Essen, Bildung und Arbeit anzugehen. Die Direktion des Innern berief zu diesem Zweck eine operative, direktionsübergreifende Arbeitsgruppe (mit den Untergruppen Wohnraum, Bildung und Integration) ein. Dieser gehören Vertretende von Kanton und Gemeinden an, die sich zu Beginn wöchentlich austauschten.

Wohnen:

Um die Flüchtlinge unterbringen zu können, arbeitete die Direktion des Innern Hand in Hand mit der Baudirektion betreffend Akquirierung und Instandsetzung zahlreicher Kollektivunterkünfte sowie mit den Einwohnergemeinden zusammen, um rasche und effiziente Koordinationsarbeiten betreffend Grossunterkünfte in den Standortgemeinden in Gang zu bringen. Die Baudirektion konnte innert kürzester Zeit Kollektivunterkünfte für mehrere Hundert Personen organisieren. Die Direktion des Innern koordinierte die Angebote von Freiwilligen in den Gemeinden und sorgte für Abklärungen bei privaten gemeldeten, leerstehenden Wohneinheiten und deren Vermietung.

Essen, Kleider usw.:

Bei Personen mit Schutzstatus S wird die Sozialhilfe nach Asylansätzen (abzgl. respektive unter Berücksichtigung von vor Ort abgegebenen Naturalien wie z. B. Verpflegung) gemäss geltender kantonaler Gesetzgebung ausgerichtet. Auch hier handelten die Behörden direktionsübergreifend, denn es galt die Koordination aller Beteiligten inkl. nichtstaatlichen Organisationen, Vereinen und Freiwilligen sicherzustellen.

Schule, Ausbildung:

Für die Kinder der Flüchtlinge besteht Schulpflicht. Die Direktion für Bildung und Kultur hat in Zusammenarbeit mit den gemeindlichen Schulen innert kürzester Zeit die notwendigen Plätze geschaffen. Für die Beschulung der Kinder und Jugendlichen arbeitete die Direktion des Innern sehr eng mit der Direktion für Bildung und Kultur sowie den gemeindlichen Schulen zusammen. Ebenso wurde die Volkswirtschaftsdirektion (Amt für Brückenangebote) miteinbezogen. Die Direktion für Bildung und Kultur hat auf Ihrer Homepage umfangreiche Informationen wie z. B. Erklärungen zum Schulsystem in der Schweiz und in der Ukraine, Leitfaden für Lehrpersonen aufgeschaltet. Zusätzlich hat die Pädagogische Hochschule Zug in Absprache mit den gemeindlichen Schulen und der Bildungsdirektion Unterstützungsangebote und Links für Schulen aufgeschaltet.

Berufliche Integration:

Für die sprachliche und berufliche Integration hat der Kanton 2017 ein Konzept¹ verabschiedet. Daran richten sich die Aktivitäten des Kantons und dessen Drittpartner wie GGZ und ProArbeit aus. Am Anfang steht ein Kurzassessment, worauf die folgenden Massnahmen basieren. Diejenigen Personen, denen eine reale und unmittelbare Arbeitsmarktfähigkeit attestiert wird, werden vom Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und der GGZ@WORK mit der koordinierten Unterstützung der Zuger Rotary Clubs direkt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Den anderen Personen werden vom Kantonalen Sozialamt federführend zusätzliche Stützungsmaßnahmen angeboten, wobei Sprachkurse für alle im Zentrum stehen. Diese Stützungsmaßnahmen sind insbesondere auch seit der letzten grossen Flüchtlingswelle 2015/16 im Kanton Zug etabliert und erprobt. Darunter befinden sich die Angebote, welche den Weg zur Berufsbildung ebnen wie beispielsweise das Integrative Brückenangebot, IBA20+ und INVOL. Weitere Massnahmen, welche die berufliche Integration unterstützen und die Arbeitsmarktfähigkeit erst ermöglichen, werden federführend vom Kantonalen Sozialamt in Zusammenarbeit mit der GGZ zur Verfügung gestellt.

Arbeitsmarkt:

Personen mit Schutzstatus S haben die Möglichkeit, ohne Wartefrist eine für Drittstaatsangehörige üblicherweise bewilligungspflichtige (auch selbständige) Erwerbstätigkeit auszuüben. Sie erhalten zudem erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt mittels Abklärungen durch Kurzassessments, dies in enger Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion. Beim RAV erhalten sie Unterstützung bei der Jobsuche. Zu arbeitsmarktlichen Massnahmen können sie aber nur zugewiesen werden, sofern sie einen Taggeldanspruch haben, was in der Regel nicht zutrifft. An dieser Stelle sei erwähnt, dass im Kanton Zug noch über 2000 (Stand Ende August 2022) Stellensuchende beim RAV angemeldet sind und rund 1300 Personen aus dem Asylbereich (Stand 30. Juni 2022) hier leben. Es gilt das Gebot der Gleichbehandlung, sofern keine explizite gesetzliche Formulierung etwas anderes postuliert. Entsprechend sind beispielsweise gemeldete offene Stellen allen Stellensuchenden zur Verfügung zu stellen, es sei denn, der Arbeitgeber wünscht explizit eine Person mit S-Status.

Gesundheit:

Die Direktion des Innern arbeitet mit der Gesundheitsdirektion zusammen betreffend Erarbeitung von Gesundheitsabläufen und -checks. Bereits im März 2022 informierte der Direktor des Innern die zuständige KR-Kommission Gesundheit und Soziales sowie zugezogene Fachpersonen.

¹ [Sprachliche und berufliche Integration von Personen im Asyl- und Flüchtlingsbereich im Kanton Zug \(Konzept Kurzfassung, Juni 2017\) — Kanton Zug \(zg.ch\)](#)

Öffentliche Information:

Um auf das grosse Informationsbedürfnis zu reagieren, haben die betroffenen Direktionen umgehend auf ihren Homepages Informationen – teilweise auch in ukrainischer Sprache – aufgeschaltet. Zudem fanden diverse öffentliche Informationsveranstaltungen statt. Das «Info-Bulletin Ukraine» mit aktuellen Daten wird regelmässig veröffentlicht. Zusätzlich wurden verschiedene Anlaufstellen (z. B. für Hilfsangebote) geschaffen, ebenso eine Dolmetscher-Datenbank (Ukrainisch), die regelmässig bewirtschaftet wird.

c) Finanzierung der getroffenen Massnahmen:

Der Regierungsrat konnte für die oben aufgeführten Massnahmen für die im Kanton Zug untergebrachten Flüchtlinge aus der Ukraine (Ausgaben für die Unterkunft und Betreuung von Flüchtlingen im Kanton Zug, Beschulung der Flüchtlingskinder in Zuger Schulen) schnell und unbürokratisch die nötigen Gelder sprechen, da die aus heutiger Sicht anfallenden Aufwände im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine als gebunden zu betrachten sind. Es sind dem Kantonsrat aktuell keine Rahmen- oder Nachtragskredite zu beantragen.

Mit Drittpartnern (GGZ, Pro Arbeit, Benevol, Schweizerische Flüchtlingshilfe/Caritas Luzern) wurden Leistungs- und Subventionsvereinbarungen eingegangen. Wo nötig wurden personelle Ressourcen aufgestockt.

Sodann hat der Regierungsrat am 8. März 2022 beschlossen, der Glückskette als Soforthilfe für die Opfer des Kriegs in der Ukraine einen Betrag von 250 000 Franken auszurichten.

d) Wirtschaftssanktionen:

Am 28. Februar 2022 hat der Bundesrat entschieden, die Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland zu übernehmen. Am 4. März 2022 hat er die Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine (SR 946.231.176.72) erlassen. Der Kanton Zug steht vollumfänglich hinter den Sanktionen, die der Bundesrat beschlossen hat. Dementsprechend hat der Zuger Regierungsrat am 29. März 2022 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus der Finanzdirektion, der Direktion des Innern und der Sicherheitsdirektion unter der Leitung des Generalsekretärs der Volkswirtschaftsdirektion eingesetzt, um die Umsetzung der Sanktionen in den betroffenen Direktionen in der Anfangsphase zu koordinieren und Fragen zu klären.

Die Sanktionsmassnahmen umfassen unter anderem (vgl. [Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine \(admin.ch\)](#)): Gütermassnahmen (z. B. Einfuhrverbot von Feuerwaffen, Munition, Sprengmitteln), Finanzmassnahmen (z. B. Sperre von Vermögenswerten und Meldepflichten für gesperrte Vermögenswerte) und Massnahmen betreffend das spezifizierte Gebiet (z. B.: Einfuhrverbot von Gütern mit Ursprung in den spezifisierten Gebieten). Insbesondere die Sperre von Vermögen und die Meldepflicht für gesperrte Vermögenswerte führte zu beträchtlichem Mehraufwand, insbesondere in der Steuerverwaltung sowie in den Bereichen Grundbuch und Handelsregister. Die betroffenen Ämter bemühten sich um Klärung der offenen Fragen mit den Bundesbehörden und nehmen die Umsetzung der Sanktionen sehr ernst. Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, dass gerade in der aktuellen Situation hohe Ansprüche an die Rechtmässigkeit allen staatlichen Handelns gestellt werden – dies gilt auch bei der Umsetzung der Sanktionen.

2. *Welche dieser Massnahmen gedenkt der Regierungsrat, direkt umzusetzen, konkret zu prüfen oder dem Kantonsrat zu beantragen?*

Alle oben aufgeführten Massnahmen wurden mit der nötigen Dringlichkeit umgesetzt. Soweit weitere Massnahmen zu ergreifen sind, werden diese von den zuständigen Stellen geprüft und beschlossen. Sollte sich eine Zuständigkeit des Kantonsrats ergeben, wird ihm die entsprechende Vorlage unterbreitet. Da der Krieg noch nicht zu Ende ist, kann er sich nach wie vor auf die Schweiz und den Kanton Zug auswirken. Die Direktionen und Ämter prüfen laufend weitere Massnahmen, die den aktuellen Gegebenheiten angepasst und bei Bedarf neu initialisiert werden.

2. Fazit

Der Kanton Zug ist die Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine zusammen mit weiteren Partnern (Gemeinden, Drittpartnern, private Organisationen) umgehend und umfassend angegangen. Der Krieg in der Ukraine ist noch nicht zu Ende und kann zu weiteren Auswirkungen – auch im Kanton Zug – führen. Daher überprüft der Regierungsrat die Lage laufend und ist bereit, allfällige weitere Herausforderungen ebenso zeitverzugslos anzugehen wie bisher.

3. Antrag

Kenntnissnahme

Zug, 20. September 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart